



Inhalt Oktober 2013

Seite 1

„RASSISMUS KOMMT NICHT IN DIE TÜTE“

Informationen zum Start des Ausbildungsjahres in Berlin

KONTINUIERLICHE PRÄVENTION

Vorstellung des Kumpelvereins in Groß-Gerau

Seite 2

GEWERKSCHAFTEN UND MIGRATION

Ein Dossier der Heinrich-Böll-Stiftung

DIE PFALZ BLEIBT BUNT

Schifferstadt wehrt sich gegen Rechte

ALLTAGSRASSISMUS BEI DER ZUGFAHRT

Ein Zeuge beschwert sich erfolgreich

Seite 3

BETRIEBSRATWAHL 2014

Mehrsprachigkeit als Dienstleistung und Pflicht

APPELL DES BUNDESPRÄSIDENTEN

Joachim Gauck zu den anstehenden Betriebsratswahlen

WAHLRECHT HABEN UND WAHLRECHT NUTZEN

Im nächsten Jahr finden Betriebsratswahlen statt

Seite 4

EIN ZEICHEN SETZEN

Die Gelbe Hand als Anstecker

NEUE FÖRDERMITGLIEDER

FILM DES MONATS

„My Home“

„RASSISMUS KOMMT NICHT IN DIE TÜTE“

Informationen zum Start des Ausbildungsjahres in Berlin



Die Botschaft auf dem Jutebeutel ist eindeutig: „Rassismus kommt nicht in die Tüte“. 2000 dieser Beutel mit Informationsmaterial wurden zum Start des neuen Ausbildungsjahres in Berlin an große Betriebe, an Verbände, aber auch an Einzelhändler, Kioske und kleine Geschäfte verteilt. Mit der Aktion werden Betriebe ermuntert, sich im Arbeitsalltag gegen Rassismus und Rechtsextremismus zu engagieren.

Hinter der Aktion steht die Initiative „Handeln statt wegsehen“. Diese wurde im Jahr 2008 vom

Handelsverband Berlin-Brandenburg, dem ver.di-Bezirk Berlin und dem Deutschem Gewerkschaftsbund Bezirk Berlin-Brandenburg in Kooperation mit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) gegründet.

Unterstützt wird „Handeln statt wegsehen“ auch vom Berliner Senat. Beim Start am 18. September 2013 am Berliner Alexanderplatz war auch Dilek Kolat, Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen, dabei. „Wir Demokratinnen und Demokraten müssen immer wieder deutlich machen, dass Rassismus und Menschenverachtung bei uns keinen Platz haben“, erklärte sie in einer kurzen Ansprache und versicherte: „Wir werden den Rassisten und Nationalisten keinen Zentimeter dieser Stadt überlassen.“

Und Dilek Kolat wurde auch handwerklich aktiv. Am Perso-

naleingang der Galeria Kaufhof schraubte sie ein Schild an: „Handel(n) verbindet. Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus haben in unserem Betrieb keinen Platz!“ Ein solches Schild erhält ein Unternehmen als Auszeichnung, wenn es der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Möglichkeit gibt, an kostenlosen Qualifizierungsmaßnahmen der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus teilzunehmen.

Darüber hinaus haben auch kleine Betriebe wie Läden, Gaststätten, Imbisse und Kioske die Möglichkeit, sich zu beteiligen. Sie erhalten kostenlose Aufkleber für ihre Schaufensterscheiben, die neben dem Kampagnenslogan wahlweise den Spruch „Hausverbot für Rassismus“ oder „Kaufleute gegen Rassismus“ tragen.

KONTINUIERLICHE PRÄVENTION

Vorstellung des Kumpelvereins in Groß-Gerau



Von links: Giovanni Pollice, Leiter der IG BCE, Birgit Ruland, Sozial- und Integrationsbüro der Kreisstadt Groß-Gerau, Giovanni Baranelli, Vorsitzender des Centro Italiano, Groß-Gerau

Im Rahmen der Interkulturellen Woche stellte der Vorsitzende des Vereins „Mach meinen Kumpel nicht an!“, Giovanni Pollice, Ende September in Groß-Gerau die Arbeit des Vereins vor. Nachdem im Kreis Groß-Gerau verstärkt fremdenfeindliche NPD

Aufkleber aufgetaucht waren, hatte die Stadtverwaltung gemeinsam mit dem DGB und dem Centro Italiano zu der Veranstaltung eingeladen, um ein Stück Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zu leisten. Prä-

vention durch Information, Aufklärung und Sensibilisierung ist dann auch ein zentrales Aufgabenfeld des Kumpelvereins – so Giovanni Pollice. Die Menschen, vor allem auch junge Menschen, müssten erreicht werden. „Wir sind zwar für ein Verbot der NPD“, so Pollice, „da sie Verfassungsfeindlich

ist. Aber uns ist bewusst, dass die Menschen mit diesem Gedankengut auch bei einem Verbot weiterhin da sind. Deshalb müssen wir versuchen durch gute Argumente ihre Köpfe zu ändern“.

Als ein wichtiges Instrument um gegen Fremdenfeindlichkeit zu sensibilisieren stellte Giovanni Pollice den jährlich stattfindenden Wettbewerb vor. Er staune immer wieder, so Pollice, welche Kreativität die jungen Leute entwickeln, wenn es darum geht, für Gleichbehandlung und gegen Fremdenfeindlichkeit einzutreten. Und die Ergebnisse des Wettbewerbs haben oft eine nachhaltige Wirkung. Ein Wettbewerbsbeitrag war zum Beispiel die Gelbe Hand als Skulptur, die Azubis von Bayer Leverkusen gefertigt hatten. Da die Skulptur vor der Lehrwerkstatt steht, so Giovanni Pollice, „muss jeder morgens daran vorbei – es geht darum, starke Symbole zu setzen“. Was nicht nur hier gelungen ist.



GEWERKSCHAFTEN UND MIGRATION

Ein Dossier der Heinrich-Böll-Stiftung

Ein im September 2013 erschienenes Dossier der Heinrich-Böll-Stiftung beleuchtet die Rolle der Gewerkschaften in Bezug auf Migration.

Dabei geht es um Fragen der Interessenvertretung unterschiedlicher Beschäftigtengruppen und deren Organisation, um Integration in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft, aber auch um Antidiskriminierung und Gleichbehandlung. Im Hintergrund steht auch der demografische Wandel und die aus ökonomischer Sicht bestehende Notwendigkeit der Mobilisierung von Gruppen, deren Erwerbsbeteiligung unterdurchschnittlich ist. Dazu zählen auch Migrantinnen und Migranten.

Zu den unterschiedlichen Themenbereichen äußern sich (grüne) Politikerinnen und Politiker, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie auch Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. So äußern sich Michaela

Dälken, Fessum Ghirmazion und Kai Venohr vom DGB-Bildungswerk in einem Interview über strukturelle Ausrichtung der Gewerkschaften auf eine interkulturelle Arbeitnehmerschaft. Kai Venohr ist auch Mitglied im Vorstand des Kumpelvereins.

In den Gewerkschaften haben seit ihrer Neugründung nach 1945 alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das Recht auf Mitgliedschaft, was die Übernahme von Wahlfunktionen einschließt. Das gilt auch für Menschen ohne deutschen Pass. Dies ergibt sich nicht zuletzt aus der grundlegenden Idee der Einheitsgewerkschaft, in der alle unabhängig von politischer Überzeugung, religiöser Zugehörigkeit oder Herkunft ihren Platz haben.

Für diese grundlegende Ausrichtung auf gleichberechtigte Teilhabe aller sind die Gewerkschaften auch auf der politischen Ebene eingetreten. Ein Meilenstein dabei war die Novel-

lierung des Betriebsverfassungsgesetzes 1972, das allen unabhängig vom Pass das aktive und passive Wahlrecht bei Betriebsratswahlen einräumte. Heute fordern die Gewerkschaften (zumindest) das kommunale Wahlrecht für Menschen, die hier wohnen. Diese grundlegende Ausrichtung auf gleiche Teilhabe bedeutet nun nicht automatisch, dass Gewerkschaftsmitglieder mit Migrationshintergrund entsprechend ihrer Mitgliederstärke in den Gremien und hauptamtlichen Funktionen vertreten sind. Hier gibt es – auch das wurde in dem Interview deutlich – Nachholbedarf, aber auch Ansätze, die Situation zu verbessern. Auch in einem anderen Punkt wird deutlich, dass eine strukturelle Ausrichtung und auch Beschlusslage, die auf Gleichheit zielt, nicht per se Probleme aus dem Weg räumt.

So wurde darauf verwiesen, dass es auch unter Gewerkschaftsmitgliedern

assistive und auf Diskriminierung ausgerichtete Haltungen gibt. Kai Venohr benannte entsprechende Forschungsergebnisse. Aus seiner Sicht ist es wichtig, solche Untersuchungen zu machen. Und: „Ich finde es wichtig und mutig, dass die Finger auf die Wunden gelegt werden. Um dann zu schauen, wo müssen wir noch ansetzen, wo können wir entgegen wirken.“ Die Bildungsarbeit nach innen ist deshalb auch entsprechend ausgerichtet. Der knappe Einblick in das Dossier kann durchaus als Beispiel genommen werden für eine insgesamt fundierte Betrachtung der verschiedenen Facetten des Themas Gewerkschaften und Migration.

Das Dossier „Internationale Solidarität Revisited – Gewerkschaften im Spiegel globaler Migrationsprozesse“ kann heruntergeladen werden unter:

http://migration-boell.de/web/integration/47_3799.asp



DIE PFALZ BLEIBT BUNT

Schifferstadt wehrt sich gegen Rechte

Einige Hundert Menschen machten im pfälzischen Schifferstadt klar, dass Rechtsradikalismus in ihrer Stadt keinen Platz hat. Rechtsextreme hatten zu einem Protest gegen ein neues Heim für Asylsuchende aufgerufen. Dagegen wehrten sich die Schifferstädter zunächst mit einer Gegenveranstaltung, zu der die Bürgermeisterin und das Bündnis für Toleranz aufgerufen hatten.

Zum Ende der Veranstaltung rief Rüdiger Stein vom DGB auf, die Gegendemonstranten am Aufmarschort der Rechten zu unterstützen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gingen dorthin und zeigten mit Nazis-raus-Rufen und Trillerpfeifen den Rechten, dass die Pfalz so bunt bleibt wie derzeit die Blätter an den Weinreben.

ALLTAGSRASSISMUS BEI DER ZUGFAHRT

Ein Zeuge beschwert sich erfolgreich

Die Fahrt in der Regionalbahn 11308 am Morgen des 31. Juli 2013 von Bonn nach Wuppertal wird Bernd Weede so schnell nicht vergessen. Kurz hinter Bonn begannen drei Bedienstete der Deutschen Bahn AG – eine Frau, zwei Männer – mit der Kontrolle der Fahrausweise. In der Nähe von Bernd Weede trafen sie auf eine Gruppe von offenbar aus Osteuropa stammenden Menschen, die keine Fahrausweise hatte. Die Kontrolleure unternahm keinen Versuch, sich irgendwie zu verständigen – etwa auf Englisch oder Französisch –, sondern nahmen radebrechend die Personalien auf. Die Frage nach der Adresse kommentierte die Frau lauthals mit der Bemerkung, die Frage sei überflüssig, die würden alle behaupten, Am Markt 30 zu wohnen. Das hatte Bernd Weede, der Betriebs-

ratsvorsitzender und Fördermitglied des „Kumpelvereins“ ist, noch unter schlechtem Benehmen abgebuht. Eine Grenze überschritten war dann aber, als die Betroffenen veranlasst wurden, die Bahn zu verlassen. Draußen meinte der erste Kontrolleur, man solle das verdammte Pack erschießen. Und wörtlich: „Sind doch nur Rumänen.“ Der zweite Kontrolleur sah sich offenbar ermuntert, das fortzusetzen: „Erst schießen, dann fragen.“ An diesem Punkt konnte Bernd Weede nicht mehr an sich halten und forderte die beiden Kontrolleure auf, ihre rassistischen und faschistischen Äußerungen zu unterlassen. Antwort des ersten Kontrolleurs: Er lebe in einem freien Land, in dem er seine Meinung frei äußern dürfe.

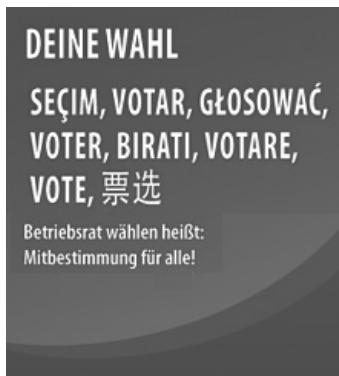
Der Hinweis Bernd Weedes, dass Rassismus keine Meinungsäußerung sei und er sich beschweren werde, wurde mit der Bemerkung abgetan: „Machen Sie doch.“ Bernd Weede hat es gemacht und dem Personalvorstand der Bahn AG, Ulrich Weber, den Vorgang in einem Brief ausführlich geschildert. Als Betriebsrat – so Weede – würde er im eigenen Betrieb sich überlegen, ein Verfahren nach § 104 Betriebsverfassungsgesetz anzustreben. Demzufolge kann ein Betriebsrat bei wiederholter, ernstlicher Störung des Betriebsfriedens „insbesondere durch rassistische oder fremdenfeindliche Betätigungen“ die Entlassung oder Versetzung eines Betroffenen beantragen.

Ulrich Weber hat in seiner Antwort bedauert, „dass die Äußerungen un-

serer Kontrolleure bei Ihnen ein Gefühl der Betroffenheit und der Scham ausgelöst haben. Diese Empfindung kann ich nachvollziehen und bitte Sie ausdrücklich um Entschuldigung.“ Angesichts der Bemühungen der Bahn AG um ein tolerantes Verhalten, etwa im Rahmen der jährlichen Aktion „Bahn-Azubis gegen Hass und Gewalt“, ist das absolut glaubwürdig. Mit den beiden Kontrolleuren wurde auch ein sehr ernsthaftes Gespräch geführt, in dem klar gemacht wurde, dass ein solches Verhalten nicht toleriert wird. Die Fahrt in der Regionalbahn 11308 zeigt aber auch, dass Wachsamkeit immer geboten ist, gleichermaßen bei Kunden wie Unternehmensleitung. Und das gilt nicht nur für die Deutsche Bahn AG.

BETRIEBSRATWAHL 2014

Mehrsprachigkeit als Dienstleistung und Pflicht



SEÇİM, VOTAR, GŁOSOWAĆ, VOTER, BIRATI, VOTARE, VOTE, Übersetzt ist das die mehrsprachige Aufforderung zu wählen, und zwar für die Betriebsratswahl im Jahr 2014. Allmählich tauchen in Flyern und auf den Internetseiten der Gewerkschaften vielsprachige Informationen über die Wichtigkeit der anstehenden Wahlen auf. Informiert wird gleichzeitig über die Abläufe. Dazu gehört zum Beispiel auch der Hinweis, dass Leiharbeiter ab einer Einsatzzeit von drei Monaten im Einsatzbetrieb wahlberechtigt sind. Mehrsprachige Informationen für Kolleginnen und Kollegen, die Deutsch nicht perfekt beherrschen, gehören zu den Dienstleistungen, die Gewerkschaften für ihre Mitglieder und Interessierte regelmäßig bereitstellen – die einen mehr, die anderen weniger.

Bei der Vorbereitung der Betriebsratswahlen kommt der mehrsprachigen Information generell eine besondere Rolle zu. Der Wahlvorstand, der in der Regel vom Betriebsrat eingesetzt wird und eine ordnungsgemäße Wahl sichert, muss dafür sorgen, dass die nötigen Informationen zu den Wahlen auch in anderen Sprachen verfügbar sind. Dazu zählt vor allem die Wahlausschreibung. Dies gilt natürlich nur, wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt sind, die nicht über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügen. Ziel ist es, dass die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihr Wahlrecht in gleicher Weise ausüben können wie die deutschen Beschäftigten. Gibt es keine mehrsprachigen Informationen, berechtigt dies zur Anfechtung der Wahl – so das Bundesarbeitsgericht in einem Beschluss vom 13. Oktober 2004 (7 ABR 5/04). Die Kosten für die entsprechenden Übersetzungen können zu den vom Arbeitgeber zu tragenden Kosten der laufenden Geschäftsführung des Wahlvorstands gehören. Hier – wie überhaupt bei dem nicht ganz einfachen Verfahren zur Durchführung einer Betriebsratswahl – sollten sich die Beteiligten die Unterstützung ihrer Gewerkschaft holen.

APPELL DES BUNDESPRÄSIDENTEN

Joachim Gauck zu den anstehenden Betriebsratswahlen



Foto: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Als leitender Angestellter der Bundesrepublik Deutschland hat Bundespräsident Joachim Gauck kein Wahlrecht bei Betriebsratswahlen (für ihn wären die Sprecherausschüsse zuständig). Aus seinem Demokratieverständnis heraus unterstreicht er aber die Wichtigkeit der Wahlen zu den Betriebsräten. Auf der Gedenkveranstaltung zum 80. Jahrestag der Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nazis am 2. Mai 1933 erklärte er: „Wenn im kommenden Jahr neue

Betriebsräte gewählt werden, wünsche ich den Unternehmen in allen Himmelsrichtungen unseres Landes, dass genügend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kandidieren und noch mehr als bislang ihre Stimme abgeben. Dieser Wunsch soll die bereits erreichten Erfolge nicht schmälern. Die Wahlbeteiligung war bei den vergangenen Betriebsratswahlen 2010 mit über 70 Prozent höher als bei manchen Landtagswahlen. Und es sind schon hunderttausende Beschäftigte, die Verantwortung als frei gewählte Mitglieder in Betriebsräten tragen. Allein dem Deutschen Gewerkschaftsbund, so habe ich gehört, sind fast 186.000 Betriebsratsmitglieder bekannt. Mein Appell ist naheliegend, aber nicht profan in der Umsetzung: Deutschland braucht weiter eine mit Leben erfüllte Interessenvertretung der Arbeitnehmer; es braucht Mitbestimmung in seinen Unternehmen! Deutschland braucht die gelebte Demokratie im Arbeitsalltag! Ich danke jeder und jedem Einzelnen, der sich diesem Ziel verpflichtet fühlt, sei es haupt- oder ehrenamtlich, seit Jahrzehnten oder im entscheidenden Augenblick.“

WAHLRECHT HABEN UND WAHLRECHT NUTZEN

Im nächsten Jahr finden Betriebsratswahlen statt



Zwischen dem 1. März und 31. Mai 2014 finden die nächsten Betriebsratswahlen statt. Dann wählen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Interessenvertretungen in Betrieben mit mindestens fünf Beschäftigten. Und anders als bei Wahlen zum Bundestag und zu den Landtagen dürfen alle wählen und gewählt werden, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit. Deshalb trifft auch die Unterscheidung wie bei den Kommunalwahlen nicht zu: Wer aus einem Land der EU kommt darf wählen, wer aus einem so genannten Drittstaat kommt, darf nicht. Die Regelung, die aus dem Jahr 1972 stammt – vorher hatten Ausländerinnen und Ausländer bei Betriebsratswahlen nur das passive Wahlrecht – ist aus einer demokratischen Sicht heraus eigentlich das Normalste der

Welt. Sie macht aber auch auf rechtlicher Ebene klar, wo der Interessengegensatz angesiedelt ist. Nicht „wir“ und „die anderen“, nicht Angehörige der Mehrheitsbevölkerung und Menschen mit Migrationshintergrund, haben unterschiedliche Interessen, sondern abhängig Beschäftigte und Arbeitgeber. Plakativ formuliert das die IG Metall auf ihrer Internetseite bei der Mobilisierung für die Betriebsratswahlen: „Ohne Betriebsrat macht der Chef, was er will. Weil niemand da ist, der die Einhaltung von Vorschriften und Gesetzen überwacht.“ Die Gleichheit beim Wahlrecht ist als rechtlicher Schritt für Integration notwendig – bei Betriebsrats- wie anderen Wahlen –, reicht aber sicher nicht aus. Das „wir“ und „die anderen“ trifft genauso die Menschen mit Migrationshintergrund, die deutsche Staatsangehörige sind. Man könnte die Integrationswirkung der Gleichbehandlung in den Betrieben an Zahlen festmachen, etwa an Betriebsräten mit ausländischen Wurzeln. Die sind aber ungenau, weil

der Migrationshintergrund oft nicht erfasst wird. Die IG Metall nennt zum Beispiel rund 7000 Betriebsräte und Vertrauensleute in ihrem Organisationsbereich. Man kann aber auch ein konkretes Beispiel nehmen, das beleuchtet, wie Integration im betrieblichen Alltag oder auch Ausnahmesituationen funktioniert. Eine Meldung vom Herbst 2013 notiert scheinbar unspektakulär, dass das Arbeitsgericht Hamburg am 23. September ein Verfahren zur Zustimmungsersetzung zurückgewiesen hat, mit dem der Verpackungshersteller Neupack den Betriebsratsvorsitzenden Murat Günes kündigen wollte. Ende 2012 haben die Beschäftigten des Herstellers von Lebensmittelverpackungen in Hamburg und Rotenburg (Wümme) mit ihrer Gewerkschaft IG BCE in einem Erzwangsstreik letztlich erfolgreich für einen Haustarifvertrag gekämpft (siehe auch aktiv Februar 2013). In den Auseinandersetzungen versuchte die NPD Stimmung zu machen und hetzte gegen aus Polen heran-

gekarrte Streikbrecher. Die Neonazis wurden vom Acker gejagt. Gegen die Streikbrecher wurde eindeutig Position bezogen, weil sie Streikbrecher waren. Die Unternehmensleitung von Neupack hatte augenscheinlich ihre Niederlage nicht ganz verkraftet und feuerte den Betriebsratsvorsitzenden. Die fehlende Zustimmung des Betriebsrats wollte sie durch das Arbeitsgericht ersetzen lassen – erfolglos, wie eingangs erwähnt. Die Beschäftigten von Neupack haben ihre Wurzeln übrigens in der Türkei, Polen, Griechenland, Kasachstan, Russland, Bulgarien, Tschechien und Deutschland. Dass sie alle wählen dürfen und vor allem dass sie auch wählen und einen starken Betriebsrat haben, ist ihr Vorteil. Da hat die IG Metall schon recht: Sonst macht der Chef, was er will.



EIN ZEICHEN SETZEN

Die Gelbe Hand als Anstecker



Vor dem Jugendzentrum im westfälischen Hamm kann man sie als Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit und für Gleichbehandlung sehen.

Und auch auf dem Bildungscampus der Bayer AG/ Currenta wirbt sie als Skulptur für ein Miteinander und Antirassismus. Man kann sie sich aber auch an die Jacke, das Hemd, die Bluse stecken und damit deutlich machen, für diese Werte einzustehen: die Gelbe Hand.

Die Anstecker aus Metall gibt es wahlweise mit der Aufschrift „Mach meinen Kumpel nicht an!“ oder

„Gegen Hass und Gewalt“. Ein Anstecker kostet einen Euro. Wer seine Berufsschule oder sein Lehrjahr mitversorgen möchte: Ab 100 Exemplare kostet ein Anstecker 50 Cent.

Neben dem Anstecker gibt es die Gelbe Hand auch als Aufkleber. Ein Bogen mit vier Aufklebern kostet ein Euro. Bestellen kann man die Gelbe Hand entweder online auf der Seite des Kumpelvereins (www.gelbehand.de) oder postalisch bei:

Mach meinen Kumpel nicht an!“ e.V. Hans-Böckler-Str. 39 40476 Düsseldorf

Im Rahmen dieses Projektes haben sie mit Hilfe von professionellen Musikerinnen und Musikern selbst Texte geschrieben und Lieder aufgenommen und die fertigen Songs auf Konzerten präsentiert.

Als zusätzliche Materialien sind auf der DVD Interviews mit dem verantwortlichen Lehrer sowie dem Regisseur und Bonus-Filme, die kurz verschiedene Arbeitsgruppen vorstellen, die die Schule und Eindrücke von Konzerten zeigen. Auf der CD sind die Lieder des Projektes M.I.X. zu hören, die arfilm, Musik

CD, DVD

Die CD kann über das DGB Bildungswerk ausgeliehen werden:

www.migration-online.de/medienverleih

Neue Fördermitglieder

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch in den letzten Wochen konnte der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ neue Fördermitglieder gewinnen. Unter anderem auch **Hans Beer**, IG BAU, Regionalleiter Franken, **Robert Feiger**, IG BAU Bundesvorsitzender, **Inge Hamm**, IG BAU, Regionalleiterin Baden-Württemberg, **Reiner Knerler**, IG BAU, Regionalleiter Berlin-Brandenburg, **Ulrike Laux**, IG BAU, Mitglied des Bundesvorstandes, **Hans-Joachim Rosenbaum**, IG BAU, Regionalleiter Hessen. An dieser Stelle heißen wir alle herzlich Willkommen und bedanken uns sehr für ihre Unterstützung.

Nachfolgend die Namen:

- Hans Beer**, IG BAU, Regionalleiter Franken, Nürnberg
- Corder Brucker**, IG BAU, GF der Gesellschaft für Vermögensverwaltung der Bau mbH u. AL Zentrale- und Auftragsdienste beim IG BAU-Bundesvorstand, Frankfurt/Main
- Lars Dieckmann**, IG BAU, Hanau
- Robert Feiger**, IG BAU Bundesvorsitzender, Frankfurt/Main
- Anne Graef**, ver.di, verantwortliche Redakteurin bei Einblick - DGB Info-Service, Berlin
- Inge Hamm**, IG BAU, Regionalleiterin Baden-Württemberg, Stuttgart
- Andreas Harnack**, IG BAU, Steinbach (Taunus)
- Olaf Hofmann**, IG BCE, Geschäftsführer von GUV/Fakulta, Birkenau
- Detlev Hopp**, IG BAU, stellv. Bezirksvorsitzender Bezirksverband Münster-Rheine, Ibbenbüren
- Karl Hubert Joder**, EVG, Sprecher der Berufsgruppe Bildungspersonale, Pulheim
- Hivzi Kalayci**, IG BAU, Gewerkschaftssekretär, IG BAU Bezirksverband Berlin, Berlin
- Matthias Kirchner**, IG BAU, Fachreferent Organisationsentwicklung beim Bundesvorstand, Frankfurt/Main
- Reiner Knerler**, IG BAU, Regionalleiter Berlin-Brandenburg, Berlin
- Daniel Kopp**, IG BAU, Gewerkschaftssekretär Bezirksverband Berlin, Berlin
- Ali Ekber Kosan**, IG BAU, Gewerkschaftssekretär Region Westfalen, Dortmund
- Dirk Lampe**, Braunschweig
- Ulrike Laux**, IG BAU, Mitglied des Bundesvorstandes, Frankfurt/Main
- Peter Manns**, IG BAU, stellv. Bezirksvorsitzender, Bezirksverband Mittelhessen, Kalbath
- Hans-Joachim Rosenbaum**, IG BAU, Regionalleiter Hessen, Friedberg
- Frank Schmidt-Hullmann**, IG BAU, Leiter der Abteilung Internationales beim Bundesvorstand, Frankfurt/Main
- Barbara Tschirner**, IG BAU, Geschäftsführerin des Bildungswerks Steinbach, Kronenberg

Um die erfolgreiche Arbeit des Vereins fortzusetzen, brauchen wir Eure finanzielle und ideelle Unterstützung!

In Form einer Fördermitgliedschaft (Mindestbeitrag 36 € im Jahr) als auch durch eine Spende. Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden. Selbstverständlich wird von uns eine Spendenquittung ausgestellt.

Durch die Werbung weiterer Förderer, durch das Tragen des Stickers, durch aktives Eintreten für Gleichberechtigung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Wir sind für jeden Beitrag dankbar!

Vielen Dank
Giovanni Pollice
Vorsitzender

FILM DES MONATS

„My Home“



Haupt-schulen haben oft keinen sonderlich guten Ruf, kreative Arbeit und Entfaltung werden

kaum mit ihnen in Verbindung gebracht. Der Film „My Home“ ist ein Dokumentarfilm von Schülerinnen und Schülern einer Kölner Hauptschule, der gängigen Vermutungen etwas entgegengesetzt.

Er zeigt, welches Potenzial die Jugendlichen haben, wie viel Kreativität sie, wenn sie die Möglichkeit haben, entfalten können, wie sie sich selber ausdrücken und wie sie den Mut entwickeln, dies öffentlich und vor der Kamera zu tun. Die Jugendlichen zeigen Szenen aus ihrem Leben, stellen ihre Schule und ihren Stadtteil vor, sprechen über ihre Träume und Pläne und dokumentieren die Arbeit an dem Projekt M.I.X. (Music International Against Xenophobia – Musik gegen Fremdenhass).

Impressum:

HERAUSGEBER

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.

VORSTAND

Giovanni Pollice, IG BCE
Volker Roßocha, DGB
Kai Venohr, DGB-Bildungswerk
Holger Vermeer, IG BAU

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Giovanni Pollice

KOORDINATION

Dr. Klaudia Tietze

REDAKTION

Bernd Mansel
Medienbüro Arbeitswelt, Berlin

FOTOS

IG BCE, Kumpelverein

ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel.: 0211-4301 193
E-Mail: info@gelbehand.de

WEB

www.gelbehand.de
www.facebook.de/gelbehand

PRODUKTION

Setzkasten GmbH, Düsseldorf
Internet: www.setzkasten.de
Tel.: 0211/40 800 900